



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 8. November 2023

2453. 2023/256

Weisung vom 31.05.2023:

Motion von Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen, Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Motion GR Nr. 2020/83 von Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL) vom 4. März 2020 betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Moritz Bögli (AL): Die Idee der «sozialen Rezepte» kommt aus dem Ausland, oft wird die Bezeichnung «Social Prescribing» verwendet. Wenn die medizinische Behandlung nicht zu einer langfristigen Verbesserung führt, dann bietet das die Möglichkeit, den betroffenen Patient*innen soziale oder sozialarbeiterische Angebote verschreiben zu können. Damit hofft man, eine patient*innenzentrierte, integrative Gesundheitsförderung für Zürich etablieren zu können. Der Stadtrat hat ein Pilotprojekt ausgearbeitet, dass vier Jahre dauern und die spezifische Situation in der Stadt vertiefen soll. Dadurch sollen das nötige Wissen und die Datengrundlage erworben werden, damit man herausfinden kann, ob ein Social Prescribing längerfristig sinnvoll ist. In der Praxis will der Stadtrat im ambulanten Bereich des Stadthospitals mit dem Spitalsozialdienst, also den Sozialarbeiter*innen, zusammenarbeiten. Sie sollen mit den Patient*innen eruiieren, welche Unterstützungen sie benötigen, und daraus Handlungsoptionen erarbeiten. Es werden keine neuen Angebote geschaffen, man greift auf die ausführlich vorhandenen Angebote der Stadt zurück. Das Ganze soll rund eine Million Franken kosten und liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Deshalb beantragt er uns in der Weisung nur die Abschreibung der Motion. Es gibt zwei gleichgerichtete Änderungsanträge zur Kenntnisnahme des Berichts: Die einen wollen den Bericht zur Kenntnis nehmen, andere wollen ihn ablehnend zur Kenntnis nehmen und eine weitere Minderheit will den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen. Zudem gibt es eine Kommissionsminderheit, die gegen die Abschreibung ist.

Kommissionsmehrheit zu den Änderungsanträgen zur neuen Dispositivziffer 1 und für die Minderheit zum Hauptantrag zur neuen Dispositivziffer 1

Marion Schmid (SP): Wir stellten den Änderungsantrag, der den Bericht zur Kenntnis nehmen will, als Gegenentwurf zum Antrag der AL, der den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen will. Einen solchen Dispositivantrag gab es in der Weisung noch nicht



und es wäre eine seltsame Abstimmung, wenn man den Bericht nur ablehnend oder gar nicht zur Kenntnis nehmen kann. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis, wie er ist. Wir wollen die Kenntnisnahme nicht vom zweiten Dispositivantrag abhängig machen, sondern unsere Kenntnisnahme ohne Wertung zum Ausdruck bringen.

Kommissionsminderheit 1 zu den Änderungsanträgen zur neuen Dispositivziffer 1 und für die Minderheit zum Änderungsantrag zur Motionsabschreibung sowie für die Mehrheit zum Hauptantrag zur neuen Dispositivziffer 1 und die Minderheit zum Hauptantrag zur Dispositivziffer 2

Moritz Bögli (AL): *Die Minderheit 1 zur neuen Dispositivziffer 1 will den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen. Für die AL geht die projektierte 80-Prozent-Stelle zu wenig weit. Damit versucht der Stadtrat, die Idee im Keim zu ersticken. Wenn man von Anfang an zu wenige Ressourcen für ein Pilotprojekt spricht, kann man nicht sinnvoll prüfen, ob man mit der Idee erfolgreich wäre. Wir finden, dass eine Motion so nicht umgesetzt werden kann, weshalb wir die ablehnende Kenntnisnahme beantragen. Die rechten Parteien SVP und FDP folgen unserem Antrag aus anderen Gründen. Wir beantragen ausserdem, dass die Motion nicht abgeschrieben wird. Wir sind froh, dass der Stadtrat eine Umsetzung versucht, aber die Minderheit – die voraussichtlich zur Mehrheit wird – ist klar der Meinung, dass mehr Ressourcen benötigt werden. Eine Zuschrift einer Expertengruppe bekräftigte das. Wir glauben, dass es für einen sinnvollen Mehrwert mehr Geld braucht. Das führt zu einem besseren Ergebnis für Patient*innen, die hoffentlich endlich gesund werden können, nachdem ihnen die medizinische Betreuung nicht helfen konnte. Gleichzeitig haben wir die Hoffnung, dass dadurch die Auslastung und Ressourcen des Stadtspitals und der städtischen Gesundheitsdienste längerfristig entlastet werden. Es ist also langfristig gesehen eine Geldspar-Initiative. In anderen Ländern wie dem Vereinigten Königreich funktionierte das sehr gut. Die projektierte 80-Prozent-Stelle und die eine Million Franken für vier Jahre sind unserer Meinung nach zu wenig. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, in einem halben Jahr eine Vorlage mit einem massiv erhöhten Betrag und mehr Stellen vorzulegen, damit ein effektiver Versuch möglich ist.*

Kommissionsminderheit 2 zu den Änderungsanträgen zur neuen Dispositivziffer 1 und für die Mehrheit zum Änderungsantrag zur Motionsabschreibung sowie für die Mehrheit zum Hauptantrag zur Dispositivziffer 2

Florine Angele (GLP): *Das Anliegen wurde nicht wie vom Stadtrat vorgeschlagen als Postulat, sondern als Motion überwiesen. Es wurde kein Bericht, sondern ein Pilotprojekt gefordert. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf etwas mehr als eine Million Franken. Diese Ausgaben kann der Stadtrat in Eigenregie beschliessen. Aus diesem Grund müssen wir im Rat nur die Motion abschreiben. Darum machen die beiden Anträge zur neuen Dispositivziffer 1 keinen Sinn: Es gibt keinen Bericht. Wir verstehen nicht, warum die Sache verkompliziert wird, und lehnen beide Änderungsanträge ab. Das vorgeschlagene Pilotprojekt macht Sinn, es braucht weder eine Nachfrist noch eine neue Vorlage.*



Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP erachtet die Motion als umgesetzt. Das Pilotprojekt soll zuerst realisiert werden und wir sind gespannt auf die Evaluationsergebnisse. Bereits jetzt nach mehr Ressourcen zu schreien, erschliesst sich uns nicht. Ob der nicht vorhandene Bericht zur Kenntnis genommen wird oder nicht, ist ohne Belang. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats, die Abschreibung der Motion.

Pascal Lamprecht (SP): Auch der SP-Fraktion ist die soziale Dimension der Gesundheit wichtig, diese muss vermehrt einbezogen werden. Es gibt mittlerweile Regionen in der westlichen Welt, insbesondere in den USA, wo die Lebenserwartung sinkt. Das geht insbesondere auf Suchterkrankungen und falsche Ernährung zurück und betrifft vor allem die unteren sozio-ökonomischen Schichten. Das gibt uns zu denken. Wir sehen auch eine deutliche Steigerung von stressbedingten Erkrankungen, wie Burn-outs, Depressionen, chronische Kopfschmerzen oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Beispiele zeigen, dass die soziale Dimension bei der Diagnose von Patientinnen und Patienten vermehrt einbezogen werden muss. Es ist eine sinnvolle Investition, die vielleicht sogar, wenn nicht nur in Einzelfällen angewandt, die Gesundheitskosten senken kann. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis, wollen den Vorstoss aber noch nicht abschreiben. Er ist aus unserer Sicht zu zaghaft; der Stadtrat darf die Handbremse etwas lösen.

Walter Anken (SVP): In der Begründung der Motion steht, dass die Link Worker in den 1990er-Jahren in Grossbritannien entwickelt wurden. Weiter wird festgehalten, dass die soziale Isolation der Patienten verhindert werden solle, dass die Ärzte nicht die notwendigen Informationen für die Patienten hätten und dass die Link Worker aus dem Sozialbereich kommen müssten. In der Weisung schreibt der Stadtrat, dass im Gesundheits- und Umweltschutzdepartement (GUD) und im Sozialdepartement (SD) heute bereits «ein konsequenter Einbezug von nicht-medizinischen, aber gesundheitsrelevanten Zusatzbedürfnissen» stattfindet und dass «ein umfassendes sozialmedizinisches Angebot» bestehe. Im Stadtspital Zürich (STZ) und den Städtischen Gesundheitsdiensten (SGD) gibt es «multidisziplinäre Teams mit Mitarbeitenden aus den Bereichen Soziale Arbeit, Pflege, Psychologie, Psychiatrie» und so weiter. Nach langem Suchen fand der Stadtrat aber doch ein Handlungsfeld: im ambulanten Bereich, wo es nicht ganz optimal läuft. Er nennt sprachliche Gründe. Die SVP lehnte damals die Motion und deren Umwandlung in ein Postulat ab. Der Vergleich mit dem britischen Gesundheitswesen ist nicht zielführend. Die Tätigkeit der Link Worker wird, wie der Stadtrat schreibt, bereits abgedeckt. Die AL bewirtschaftet wieder ein Luxusproblem, das wir uns nicht leisten können. Wenn die Ärzte tatsächlich nicht über die nötigen Informationen über nachfolgende Behandlungen verfügen, dann sollten wir die Ärzte bitten, sich dies anzueignen. Bei den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen können wir uns nicht jeden Luxus leisten. Darum stimmt die SVP der ablehnenden Kenntnisnahme und Abschreibung zu.

Florine Angele (GLP): Die grünliberale Partei stimmte der Umwandlung in ein Postulat im Jahr 2021 zu. Das Anliegen halten wir für sehr berechtigt. Auch in der Gesundheitsversorgung der Stadt ist die Pflege und Behandlung vom Menschen mit komplexen medizinischen und sozialen Problematiken eine grosse Herausforderung. Es braucht eine



gesamtheitliche Behandlung von Patientinnen und Patienten, die die sozialen Bedürfnisse miteinbezieht. Zürich verfügt bereits über ein sehr umfassendes sozialmedizinisches Angebot. Nach der Überweisung der Motion fand die Verwaltung in diesem Bereich trotzdem Verbesserungspotenzial, vor allem bei der Vernetzung, Information und Zusammenarbeit innerhalb der bestehenden Strukturen. Es wird ein Pilotprojekt vorgelegt, das auf drei bis vier Ambulatorien fokussiert und dort den Zugang zu sozialen Angeboten verbessern will. Aus unserer Sicht macht das Sinn. Es ist begrüssenswert, dass das Pilotprojekt konkret ist und keine zusätzlichen Angebote geschaffen werden. Wir unterstützen den Vorschlag des Stadtrats. Was ist die konkrete Forderung, wenn wir die Motion nicht abschreiben? Was geschieht in der Nachfrist von sechs Monaten? Ein Auftrag wird nicht erteilt. Dieses Vorgehen scheint uns nicht durchdacht zu sein.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Als eines der Elternteile der Motion antworte ich Florine Angele (GLP) gerne. Der Stadtrat hätte in dieser Zeit die Möglichkeit, mit den Expertinnen und Experten Kontakt aufzunehmen, die sich angeboten hatten, aber von der bürgerlich dominierten Kommission nicht angehört werden wollten. Es ist unerhört, dass man Expertinnen und Experten das Wort verbietet. Sie könnten sich in dieser Zeit Gedanken machen, wie die Tausenden an Patientinnen und Patienten von einer 80-Prozent-Stelle versorgt werden sollen. Alle Expertinnen und Experten sagen, dass das nicht geht. Der Stadtrat machte aus der Motion ein Postulat und nicht das, was wir im Rat beschlossen hatten. Wir wollten, dass eine kreditschaffende Weisung vorgelegt wird, kein Vorschlag in eigener Kompetenz. Wenn der Stadtrat beim ersten Mal nicht zuhört, muss er das beim zweiten Mal.*

Michael Schmid (FDP): *Dr. David Garcia Nuñez (AL) teilte Vorwürfe gegenüber dem Stadtrat und der Kommission aus. Wenn Sie mit der Umsetzung des Vorstosses nicht zufrieden sind, dann ist das ein legitimer Antrag. Wenn Sie der Meinung sind, dass der Stadtrat seine Arbeit nicht getan habe, dann muss er sie halt noch tun. Es ist aber nicht an der Kommission, anstelle des Stadtrats die Arbeit zu tun, die Sie sich wünschen, die Sie beantragen können und für die Sie eine Mehrheit finden. Zu behaupten, dass die Kommission den Experten den Mund verboten hätte, ist nicht nur ein starkes Stück, sondern auch prozedural falsch. Das beweist Ihr Antrag zur Weisung.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wenn ich Dr. David Garcia Nuñez (AL) richtig verstanden habe: Es ist zu günstig. Wenn der Stadtrat 2,5 Millionen Franken beantragt hätte, wäre es in Ordnung gewesen, weil dann der Vorstoss motionabel wäre.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *In der Kommission machten wir zwei Mal den Vorschlag und zwei Mal wurde er abgelehnt. Ich kenne das von keiner Kommission, dass man ablehnte die vorgeschlagenen Experten einzuladen, weil das der bürgerlichen Mehrheit nicht passte. Der Stadtrat nahm keinen Kontakt zu den Experten auf. Es ist nicht zu günstig oder zu teuer. Wenn ein Vorschlag gemacht wird, erwarten wir ein Minimum an Ernsthaftigkeit und dass man sich mit dem Projekt auseinandersetzt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.



STR Andreas Hauri: *Der AL will ich sagen, dass ich sehr genau zugehört habe, auch während der Kommissionsarbeit. Es ist eine Unterstellung von Moritz Bögli (AL), das wir möglichst wenig Geld und Ressourcen ausgeben wollten, um am Ende beweisen zu können, dass es nicht funktioniert. Wenn du die Kommissionsarbeit richtig verfolgt hast, weisst du selbst, dass das nicht stimmt. Wir nehmen das Thema sehr ernst. Inhaltlich haben wir den ganzheitlichen Interventionsansatz. Das ist ein richtiger und guter Ansatz. Wir zeigten auf, dass es bereits viele Angebote gibt. Die Herausforderung ist, die Leute zu erreichen, die aus sprachlichen oder anderen Gründen nicht selbst einfordern oder erkennen können, dass sie zusätzliche Bedürfnisse haben. Dort planen wir Link Worker einzusetzen, wie das in der Motion gefordert wurde. Bei einem Pilotprojekt geht es nicht darum, dass man möglichst viele Leute anstellt. Es geht darum, dass man effizient und gezielt plant, sodass man nach dem Versuch die richtigen Erkenntnisse gewinnen kann. Nach dem Pilotprojekt soll man erkennen können, ob das Link-Worker-Modell etabliert oder vielleicht sogar ausgebaut oder anders geplant und umgesetzt werden soll. Das Pilotprojekt im ambulanten Bereich ist sehr zielorientiert aufgesetzt und wird Erkenntnisse liefern. Wir brauchen nicht mehr Ressourcen, um einen weiteren Schritt zu machen. Einige Argumente hörte ich heute zum ersten Mal. Es ist schade, dass sie nicht während der Kommissionsarbeit vorgetragen wurden. Die Diskussion hätte dann anders verlaufen können. Für das Pilotprojekt reicht das in Stadtratskompetenz bewilligte Geld.*

Michael Schmid (FDP): *Die Abstimmungsfrage wurde meines Erachtens falsch gestellt. Die Mehrheit der Kommission beantragt gemäss der Schlussabstimmung die Zustimmung zur Dispositivziffer 2, nicht zu einer veränderten Dispositivziffer 2.*

Änderungsanträge 1–2, neue Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 1 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 2):

1. Der Bericht betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird zur Kenntnis genommen.

Die Minderheit 1 der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 1 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 2):

- I. Der Bericht betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Die Minderheit 2 der SK GUD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit:	Referat: Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Nadina Diday (SP), Dafi Muharemi (SP), Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Pascal Lamprecht (SP)
Minderheit 1:	Referat: Moritz Bögli (AL); Walter Anken (SVP), Flurin Capaul (FDP) i. V. von Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)
Minderheit 2:	Referat: Florine Angele (GLP); Patrick Hässig (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP)



6 / 8

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	21 Stimmen
Antrag Mehrheit	53 Stimmen
Antrag Minderheit 1	41 Stimmen
Total	115 Stimmen
= absolutes Mehr	58 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag des Stadtrats / Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 61 gegen 41 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zugestimmt.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Motion GR Nr. 2020/83 von Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL) vom 4. März 2020 betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird ~~als erledigt~~ nicht abgeschlossen. Dem Stadtrat wird gemäss Art. 131 Abs. 2 GeschO GR eine Nachfrist von 6 Monaten zur Unterbreitung der mit der Motion, GR Nr. 2020/83, verlangten Vorlage eingeräumt.

Mehrheit:	Referat: Florine Angele (GLP); David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Walter Anken (SVP), Flurin Capaul (FDP) i. V. von Thomas Hofstetter (FDP), Patrick Hässig (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)
Minderheit:	Referat: Moritz Bögli (AL); Marion Schmid (SP), Präsidium; Monika Bättschmann (Grüne), i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Nadina Diday (SP), Dafi Muharemi (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), i. V. von Pascal Lamprecht (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 56 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.



7 / 8

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung der neuen Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Zustimmung nur neuen Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Moritz Bögli (AL); Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Flurin Capaul (FDP) i. V. von Thomas Hofstetter (FDP), Patrick Hässig (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)
Minderheit:	Referat: Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Nadina Diday (SP), Dafi Muharemi (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), i. V. von Pascal Lamprecht (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 57 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird über die bereinigte Dispositivziffer 2 abgestimmt.

Der Rat stimmt der bereinigten Dispositivziffer 2 mit 62 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Der Bericht betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion GR Nr. 2020/83 von Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL) vom 4. März 2020 betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird nicht abgeschrieben. Dem Stadtrat wird gemäss Art. 131 Abs. 2 GeschO GR eine Nachfrist von 6 Monaten zur Unterbreitung der mit der Motion, GR Nr. 2020/83, verlangten Vorlage eingeräumt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. November 2023



8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat